
Politisches Geschehen

Machtkampf in einem dramatischen Stadium

Eine Analyse der jüngsten politischen Entwicklungen / von Karl-Heinz Krämer

Ich habe sowohl im Rahmen des Nepal-Tags der LDNG am 30. April in Bonn (siehe NI 95, S. 14–20) als auch mittels eines besonderen Lageberichts aus Anlaß der NGO-Tagung am 10. September in Köln (siehe fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/folder/worldwidelasien/berichte/berichte2005/nepal_thapa0905.pdf) ausführlich über die politischen Entwicklungen berichtet. Daher will ich hier die dort gemachten Aussagen nicht wiederholen und beschränke mich im Folgenden auf die Entwicklungen seit Anfang September 2005.

Einseitiger Waffenstillstand der Maoisten

Die Lage in Nepal hat sich in den letzten Monaten noch erheblich weiter zugespitzt. Zwar hat es im September einen leichten Hoffnungsschimmer gegeben, als die Maoisten einseitig einen dreimonatigen Waffenstillstand ausriefen. In der Folge ging die Anzahl der Zusammenstöße und vor allem die Zahl der durch maoistische Anschläge Getöteten und Verletzten dramatisch zurück. Fast alle Todesfälle infolge des Konflikts gingen seitdem auf das Konto der Armee. Die Hoffnung auf einen baldigen Friedensprozeß zerstieben jedoch rasch, weil sich König Gyanendra und seine Armee weigerten, den maoistischen Waffenstillstand zu erwidern.

Statt dessen intensivierte das königliche Regime seine Repressalien gegenüber den demokratischen Kräften und attackierte wiederholt die regierungsunabhängigen Medien. Gyanendra strafte das Drängen der Nepal wohlgesonnenen Staaten, die auf eine Rückkehr zu den Grundlagen der Verfassung und Demokratie drängten, mit Mißachtung und pflegte lieber die Beziehungen zu jenen wenigen Staaten, die seinen Putsch nicht kritisierten, insbesondere zu China und Pakistan.

In der immer mehr verhärtenden Situation begab sich

der nepalische König auf eine dreiwöchige Auslandsreise, die mit dem SAARC-Gipfel in Bangladesh begann. Bereits vorab beschlossene Sache dieses Gipfeltreffens war die Aufnahme von Afghanistan als neues SAARC-Mitglied gewesen. Auf dem Treffen machte Gyanendra dann seine Zustimmung davon abhängig, daß dem Drängen Chinas auf einen Beobachterstatus nachgegeben wurde, ein Vorgehen, das auch von Pakistan geteilt wurde. Der König wollte sich damit vermutlich für die wohlwollende Haltung Chinas, das unter anderem auch noch Waffen im Wert von 1 Million Dollar lieferte, revanchieren. Bleibt noch zu erwähnen, daß China und Japan einen Beobachterstatus zuerkannt bekamen.

Nächste Station auf der Weltreise des Königs war, nach einem kurzen Zwischenstop am Golf, der Weltinformationsgipfel in Tunis. Beobachter bewerteten den zehnminütigen Auftritt Gyanendras als zynisch angesichts seiner drastischen Unterdrückung der Medien im eigenen Land; er habe die Gelegenheit genutzt, die Welt ein weiteres Mal zu belügen (Nepali Times, 18. 12. 2005).

Danach begann die heftig kritisierte »Afrika-Safari« des Königs, eine Tour durch mehrere afrikanische Staaten, die darauf ausgelegt war, das stark ramponierte internationale Ansehen des Königs zu verbessern. Die Tatsache, daß mehrere namhafte Politiker und Staatschefs Gyanendra nicht empfangen, sollte ihm zu Denken gegeben haben. In Nepal wurde die Reise darüber hinaus auch noch kritisiert, weil der König für sich und seinen Begleittroß drei Wochen lang ein Flugzeug der Royal Nepal Airlines aus dem Verkehr zog, was weder der ohnehin vom Ruin bedrohten Fluggesellschaft noch dem notleidenden Tourismus dienlich gewesen sein dürfte.

Noch mehr Aufsehen erregte allerdings das, was sich während der Abwesenheit des Königs im oppositio-

nellen Lager vollzog. Schon seit einigen Monaten hatten die politischen Parteien sich mehr und mehr von der konstitutionellen Monarchie distanziert. Es begann damit, daß sowohl die CPN (UML) als auch der Nepali Congress entsprechende Aussagen aus ihrer Satzung strichen und öffentlich erklärten, zu einem Weg ohne Beteiligung der Monarchie bereit zu sein. Andere Parteien, wie die »Nepal Sadbhavana Party (Ananda Devi)«, sind inzwischen diesem Beispiel gefolgt. Die bekannt königstreue »Rastriya Prajatantra Party« (RPP) zeigt sich unterdessen zerrissener denn je. Während einige führende Parteimitglieder hin und wieder offen mit der Option liebäugeln, dem Beispiel der anderen Parteien zu folgen, lassen sich konservativere RPP-Politiker wiederholt zur Kooperation mit dem königlichen Regime verleiten.

12-Punkte Abkommen zwischen Maoisten und politischen Parteien

Der Paukenschlag kam am 22. November 2005, als die Sieben-Parteien-Allianz (Nepali Congress, Nepali Congress (Democratic), CPN (UML), Nepal Majdur Kisan Party, Nepal Sadbhavana Party (Ananda Devi), Jana Morcha Nepal, Samyukta Bam Morcha) in New Delhi ein Abkommen mit den Führern der CPN (Maoist) schloß (siehe Übersetzung des Abkommens anschließend an diesen Artikel). Die Tatsache, daß in Kathmandu akkreditierte Botschafter und Funktionäre sich zu eben diesem Zeitpunkt nach New Delhi begaben, legt nahe, daß sie und natürlich auch die indische Regierung involviert oder zumindest informiert waren. Dem indischen Geheimdienst dürften die Bewegungen ohnehin nicht entgangen sein. Das königliche Regime ließ die Gelegenheit nicht ungenutzt und beschuldigte Indien einmal mehr der Einmischung in die innernepalische Politik. Dem bleibt entgegenzuhalten, daß einerseits die nepalischen Parteiführer und die Maoisten innerhalb Nepals wohl kaum die Möglichkeit zu einem derartigen Treffen gehabt hätten und daß andererseits der König mit seinem Verhalten die dem nepalischen Volk wohlgesonnene Weltöffentlichkeit zur Einmischung nötigt.

Kommen wir zum Inhalt des 12-Punkte Abkommens. Hier ist zunächst einmal ein grundlegender Wandel in der Einstellung der Maoisten feststellbar. Sie distanzieren sich erstmals mit aller Deutlichkeit von ihrem seit fast zehn Jahren beschrittenen Weg der Gewalt. Daß sie dies auch ernst meinen wird sowohl durch ihr Verhalten seit der einseitigen Erklärung eines Waffenstillstands deutlich als auch durch die Verlängerung dieses

Waffenstillstands Anfang Dezember, die trotz wiederholter provozierender Attacken der Armee erfolgte. Diese Abkehr vom erklärten gewaltsamen Weg hat das jetzige Abkommen mit den sieben Parteien erst möglich gemacht.

Beide Vertragspartner bekennen sich zur Abschaffung der autokratischen Monarchie, wohlgermerkt nicht der Monarchie an sich. Vielmehr soll die zukünftige Staatsform durch eine vom Volk gewählte verfassunggebende Versammlung entschieden werden. Deren Entscheidung wollen die Maoisten respektieren. Dies bedeutet mit anderen Worten, daß rein theoretisch auch eine in ihren Rechten dramatisch beschnittene konstitutionelle Monarchie denkbar wäre. Nach der Vorstellung der sieben Parteien soll die Übergangsphase durch die Wiedereinsetzung des 2002 aufgelösten Parlaments überbrückt werden, während die Maoisten für die Bildung einer Übergangsregierung plädieren, an welcher sie beteiligt sein möchten. Letzteres klingt rationaler, da auf diese Weise auch die Maoisten sogleich Verantwortung übernehmen müßten.

Ein weiterer Kernpunkt des Abkommens betrifft die königliche Armee und die Truppen der Maoisten. Die Waffen beider Armeen sollen in der Übergangsphase von den Vereinten Nationen oder einem anderen zuverlässigen internationalen Gremium überwacht werden, damit die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung frei und fair durchgeführt werden können. Nicht nur das königliche Regime, sondern auch Indien hat sich einer Vermittlerrolle der UN bisher widersetzt; Indien hat jedoch erkennen lassen, daß es der genannten reinen Kontrollfunktion der Vereinten Nationen positiv gegenüberstehen könnte.

Sowohl die Maoisten als auch die sieben am Abkommen beteiligten politischen Parteien bekennen sich zu gravierenden Fehler der Vergangenheit, die abgestellt werden sollen. Dies zeigt sich besonders deutlich am Bekenntnis der Maoisten zum Vielparteiensystem, der Achtung der Grund- und Menschenrechte sowie der Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Werte.

Seitens der beteiligten politischen Parteien wirkt das Abkommen wie ein Akt der Verzweiflung angesichts der kontinuierlichen Verweigerung König Gyanendras zur Achtung von Verfassung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Es ist aber auch gleichzeitig ein erster ernsthafter Ansatz zur Beendigung des langjährigen militanten Aufstands der Maoisten. In der Phase des ersten Dialogs im Jahre 2001 waren die Parteien noch in der politischen Verantwortung, zeigten aber kein wirkliches Interesse an einer Konfliktlösung. Der zweite Dialog, im Jahre 2003, erfolgte bereits nach der königlichen Machtergreifung.

Auch die königliche Regierung hatte kein Interesse an einer Lösung, und die politischen Parteien verweigerten sich damals einer Beteiligung am Dialog unter Hinweis auf die Unrechtmäßigkeit der Regierung.

Die Maoisten scheinen ihrerseits nach fast zehn Jahren militanten Aufstands etwas ermüdet. Wie alle politischen Parteien Nepals, so hat auch die CPN (Maoist) wiederholt interne Machtkämpfe bewältigen müssen. Die Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen Prachanda und Baburam Bhattarai, mit dem zeitweiligen Ausschluß des letzteren aus allen Parteifunktionen, liegt erst wenige Monate zurück. Zur Zeit wirkt die Parteiführung wieder geschlossener. Gelegentliche Verstöße gegen das Abkommen mit den sieben Parteien können darauf hindeuten, daß nicht alle maoistischen Kreise das Abkommen mittragen, sie können aber auch auf einem Kommunikationsproblem beruhen. Auch seitens der sieben Parteien hat es einige Verwirrung durch Stellungnahmen der kleineren beteiligten Parteien gegeben.

Reaktionen der Monarchie

Entscheidend für die Chancen einer friedlichen Lösung der nepalischen Krise auf der Grundlage des 12-Punkte-Abkommens wird die Haltung des Königs und seiner Armee sein. Eine erste Reaktion erfolgte unmittelbar nach der Rückkehr Gyanendras von seiner Afrika-Rundreise. In keiner Weise ging er auf das Abkommen von Parteien und Maoisten ein. Statt dessen betonte er, den Waffenstillstand der Maoisten nicht zu erwidern; seine Marschroute bleibe die Abhaltung von Stadtratswahlen im Februar 2006 und Parlamentswahlen im darauffolgenden Jahr. Für die Stadtratswahlen haben sich inzwischen 72 Parteien registrieren lassen. Darunter ist von jenen Parteien, die bei den letzten lokalen Wahlen (von 1997!) 99 Prozent der Stimmen auf sich vereinten, nur die RPP, die jedoch noch unentschieden ist, ob sie wirklich antreten wird. Unter diesen Umständen sind die Wahlen eine Farce. Sie dienen ausschließlich dazu, die »demokratische« Gesinnung des Monarchen in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit herauszustellen.

Die Rückkehr des Königs am 2. Dezember wurde von einem kleineren Zwischenfall überschattet, der zu eskalierenden Reaktionen führte. Die CPN (UML) hatte für diesen Tag zu einer Großdemonstration in Kathmandu aufgerufen, an der sich über 50 000 Menschen beteiligt haben sollen (NewsLine Nepal, 02.12.2005). Gleichzeitig hatte die königliche Regierung Beamte und Schulkinder an die Straßenränder beordert, um

dem König zuzujubeln. Am Ende der UML-Demonstration kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und königstreuen Gegendemonstranten. Es wurden Steine geworfen, wobei auch das vorbeifahrende Auto des Kronprinzen in Mitleidenschaft gezogen wurde. Dieser rastete in der ihm eigenen Art aus und setzte die Entlassung führender Sicherheitsbeamter durch. Am Abend des folgenden Tages mußte die Polizei das Zentralbüro der CPN (UML) gegen eine Attacke königstreuer Demonstranten schützen.

Diese Zwischenfälle mag auf den ersten Blick harmlos erscheinen, sie sind aber ein Hinweis auf die aufgeheizte Stimmung. Es zeichnet sich eine immer militanter werdende Konfrontation zwischen demokratischen und monarchistischen Kräften ab. Der gravierendste Zwischenfall ereignete sich am 15. Dezember, als in Nagarkot ein Soldat auf eine feiernde Menschenmenge vor einem Hindutempel feuerte: 12 Menschen starben, 19 weitere wurden zum Teil schwer verletzt. Wie schon so oft in den letzten Jahren, wenn Zivilisten durch Handlungen der königlichen Armee zu Schaden kamen, erfolgte auch diesmal keine direkte Reaktion des Königs, erst recht keine Anteilnahme am Leid der betroffenen Menschen. Das nepalische Volk ist der Monarchie offensichtlich viel weiter entfernt als die Menschen in anderen Staaten, denen Gyanendra im Falle von Unfällen oder Katastrophen regelmäßig sein Mitgefühl bekundet.

Weder die Steinwerfer noch die Randalierer vor dem UML-Büro noch dieser Soldat dürfen als repräsentativ gewertet werden, aber es knistert gewaltig. Die Armee hat immer wieder betont, daß sie sich vorrangig als Verteidiger der Monarchie und nicht des Volkes sieht. Das Massaker von Nagarkot dürfte das Ansehen der Armee weiter geschädigt haben. Eine Stellungnahme der Armeeführung liegt zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Beitrags (17.12.2005) noch nicht vor; der Armeechef Thapa weilt zur Zeit in Pakistan um die Beziehungen zu diesem engen Verbündeten der Monarchie zu pflegen. Bei zunehmender Spannung zwischen Befürwortern des durch das 12-Punkte-Abkommen vorgegebenen Weges mit teilweise fanatischen und offensichtlich auch aufgepeitschten Anhängern der Monarchie kommt der Haltung der Armee eine besondere Bedeutung zu. König Gyanendra scheint nicht zu einem Einlenken bereit. Die Fortsetzung der bedingungslosen Unterstützung der königlichen Machtpolitik durch die Armee birgt die Gefahr, daß der maoistische Konflikt sich zu einem Bürgerkrieg entwickelt. Hier befindet sich Nepal an einer kritischen Schwelle.

Medien und Oberster Gerichtshof

Die freien Medien sind eine der größten Errungenschaften des Systemwechsels von 1990 gewesen. Sie haben in ganz entscheidender Weise zur allgemeinen Information und Bewußtseinsbildung immer größerer Kreise der Bevölkerung beigetragen. Die freien Medien haben es ermöglicht, daß in aller Öffentlichkeit über Nepals Probleme und ihre Ursachen geschrieben und diskutiert werden konnte. Es wurde ein sicherlich langwieriger Prozeß eingeleitet, der unbedingt notwendig für die Entwicklung des Landes ist und der gerade in den letzten Jahren auch Früchte getragen hat. Vor dem Hintergrund der vorbehaltlosen Berichterstattung und Diskussion in den Medien ist auch der Oberste Gerichtshof in jüngerer Zeit zunehmend mutiger geworden und hat sich zu längst überfälligen richtungweisenden Urteilen durchgerungen, welche den konservativen Kreisen ein Dorn im Auge sind. Auf der Grundlage dieser Urteile eröffnen sich für die dank des traditionellen königlichen Systems besonders benachteiligten Gesellschaftsgruppen Chancen einer größeren Beteiligung im Staat.

Die freien Medien bedeuten für die Machtpläne des Königs ein äußerst unangenehmes Hindernis. Die Monarchie ist es nicht gewohnt, daß man ihr widerspricht oder gar ihre Äußerungen und Handlungen durchleuchtet und einer kritischen Analyse unterzieht. Wahr ist, was der König sagt, nicht was die freie Presse schreibt. Die königliche Wahrheit findet sich in den regierungseigenen Blättern, wie »Gorkhapatra« und »Rising Nepal«, sowie in einigen nationalen und internationalen Medien, die sich als Sprachrohr der königlichen Politik mißbrauchen lassen, wie die »People's Review«, die neuseeländische Zeitung »Scoop« oder die nordamerikanische »News Blaze«. Das muß reichen für das Volk.

Daß die ganze Welt sich seit 1960 gewaltig verändert hat und informationstechnisch zu einem kleinen Dorf geworden ist, hat die Monarchie offensichtlich noch nicht so ganz begriffen. Die ganze Härte der königlichen Politik trifft daher die freien nepalischen Medien. Ausländische Internetseiten, welche die Kritik der königlichen Politik verbreiten, wie die des »International Nepal Solidarity Network«, werden in Nepal ganz einfach ausgeblendet; ein derartiges Vorgehen hat man von Amerikanern und Chinesen gelernt. Um die inländische Presse zum Schweigen zu bedrängen, bedarf es schon härterer Geschütze. Per königlicher Verordnung wurde daher das Presserecht drakonisch verschärft; Verstöße gegen die Grundaussagen der Verfassung von 1990 interessierten dabei nicht. Ein besonderes Augen-

merk galt den zahlreichen FM-Radiosendern. Schon seit Februar läßt der König durch seine Regierung die Behauptung verbreiten, es sei nirgendwo in der Welt üblich, daß FM-Sender Nachrichten oder Informationssendungen ausstrahlen. Zwar hatte der Oberste Gerichtshof einem früheren Versuch der Unterdrückung von Nachrichtensendungen widersprochen, doch die königliche Regierung glaubt durch die neue Presseverordnung die notwendige Rechtsgrundlage für ein erneutes Vorgehen gegen die Medien zu haben. Einer der ältesten privaten FM-Sender, »Radio Sagarmatha«, war im November eines der ersten Opfer. Der Sender, der auch die Programme der BBC, insbesondere den Nepali-Service, überträgt, wurde just an jenem Abend von der Polizei durchsucht und geplündert, als der BBC Nepali-Service ein Interview mit Prachanda übertragen wollte. Es bedurfte zweier Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes, ehe Radio Sagarmatha wieder senden und auch die BBC-Programme wieder übertragen durfte. Die beschlagnahmten Unterlagen und Geräte wurden erst Wochen später von den Sicherheitskräften zurückgegeben.

Perspektiven

Die Situation in Nepal ist kritisch. Es muß in den kommenden Wochen eine Entscheidung geben, ob das Land in der Lage ist, sich selbst aus dem Sumpf zu ziehen oder ob es im völligen Chaos versinkt und möglicherweise untergeht. König Gyanendra ist nicht wirklich bereit einzulenken. Es scheint ihm aber doch allmählich bewußt zu werden, daß seine Marschroute der Stadtratswahlen unter königlicher Machtkontrolle allein nicht geeignet ist, seine Interessen durchzusetzen. Ein Entgegenkommen gegenüber den politischen Parteien kommt für ihn ganz offensichtlich nicht in Frage. Staat dessen scheint er erneut einen eigenen Weg vorzubereiten, ohne die etablierten Parteien. Es begann am 7. Dezember mit einer großen Umbild seines ohnehin illegitimen Kabinetts. Einige der in Mißkredit geratenen Minister wurden entlassen, 18 neue hinzunominiert. Damit erhöhte sich der Ministerrat auf unglaubliche 35 Personen, allesamt Leute des besonderen königlichen Vertrauens. Auch eine soziale Komponente wurde berücksichtigt: Erstmals fanden drei Dalits zur gleichen Zeit Aufnahme in eine Regierung, natürlich nur in untersten Funktionen. Die wichtigsten Ämter blieben fest in den Händen königlicher Hardliner. Ein anderer Schachzug Gyanendras war, daß er mit der Nominierung von einigen Mitgliedern der konservativen RPP bzw. der von ihr abgespaltenen »Rastriya Janashakti Party« (RJP) den

Zwist über eine Unterstützung der königlichen Politik in diesen beiden Parteien verschärfte.

Ein besonderes Augenmerk verdient Narayan Singh Pun, der Vorsitzende der kleinen »Nepal Samata Party«. Pun hatte bereits Anfang 2003 durch Vorgespräche mit maoistischen Führern den zweiten Friedensdialog herbeigeführt. Es hat den Anschein, als strebe König Gyanendra nun seinerseits direkte Gespräche mit den Maoisten an, natürlich unter Ausschluß der anderen Parteien. Hierfür spricht auch, daß er am 13. Dezember ein diesbezügliches Verhandlungsteam nominierte. Dieser Schritt des Königs muß dahingehend gewertet werden, daß er versucht, den durch das 12-Punkte Abkommen drohenden Machtverlust zu verhindern, indem er doch eine eigene Friedensinitiative startet. Es ist jedoch zu bezweifeln, daß die Maoisten auf diesen königlichen Vorschlag eingehen. Die Kooperation mit den politischen Parteien mag für einige der maoistischen Hardliner schon schwer verdaulich sein, eine Kooperation mit der Monarchie wäre jedoch unvorstellbar.

Auch vor dem Hintergrund der Interessen des nepalischen Volkes wäre dies der schlechtere Weg. Das Volk will vor allem Frieden, aber es will auch keine Rückkehr zum mittelalterlich anmutenden feudalen System der Monarchie, das letztlich verantwortlich zeichnet für die meisten der heutigen Probleme, für die Ausgrenzung und unglaubliche Benachteiligung großer Teile der Bevölkerung, für die gezielte Verhinderung der Demokratisierung und Humanisierung der nepalischen Gesellschaft. Die Monarchie hat die Hoffnungen und Wünsche Menschen seit 1951 immer wieder enttäuscht und gegebene Versprechungen nicht eingehalten. Die Arroganz, mit der König Gyanendra heute den Wünschen der Volksmassen entgegenwirkt und mit der er die Verfassung und grundlegende Rechte der Menschen mit Füßen tritt, legen nahe, daß auch er es nicht ehrlich meint. Die Zeit der Kompromisse mit der Monarchie scheint abgelaufen.

Meinungsumfragen von Ende 2004, also aus der Zeit vor der endgültigen Machtergreifung Gyanendras, haben belegt, daß sich nur etwa 22 Prozent der Bevölkerung eine machtvolle Monarchie im traditionellen Stil wünschten; weitere 63 Prozent sprachen sich jedoch für eine konstitutionell eingebundene Rolle der Monarchie aus; nur 15 Prozent erklärten sich offen für die Einführung einer Republik (siehe Hachhethu, Krishna »State of democracy in Nepal: survey report« Kathmandu 2004). Diese Zahlen dürften sich nach dem verschärfen königlichen Putsch vom 1. Februar zuungunsten der Monarchie verändert haben; dennoch sind sie ein Anhaltspunkt, daß die Monarchie als Institution weiter-

hin ein nationales Symbol darstellt. Sollte sie jetzt abgeschafft werden, dann hat sie sich dies definitiv selbst zuzuschreiben. Unter sorgfältiger Abwägung aller Argumente räume ich der Monarchie keine lange Überlebenschance mehr ein; dazu sind ihre Verfehlungen, vor allem die nach 2001, zu gravierend. Es wäre zur Bewältigung der derzeitigen Krise wünschenswert, wenn Nepal über eine charismatische Führungspersönlichkeit verfügte. Eine solche kann ich aber zur Zeit nicht erkennen. Die Monarchie kommt jedenfalls für diese Rolle nicht in Frage. Daher stehen Nepal sehr schwere Monate bevor, egal ob der König seinen Weg mit harter Hand fortsetzt oder ob die neue Allianz der Maoisten und politischen Parteien ihre im 12-Punkte-Abkommen vorgegebene Marschroute umsetzen kann.

12-Punkte-Abkommen zwischen den sieben politischen Parteien und der CPN (Maoist)

(1) Zur Zeit wünschen sich alle Nepali Frieden, Demokratie, Wohlstand, sozialen Fortschritt sowie ein unabhängiges und souveränes Nepal. Wir stimmen vollkommen darin überein, daß die autokratische Monarchie das Haupthindernis dafür ist, dieses Ziel zu erreichen. Wir sind der klaren Überzeugung, daß Frieden und Wohlstand des Landes unmöglich sind ohne Beendigung der Autokratie und Errichtung einer absoluten Demokratie. Daher habe alle antiregressiven Kräfte vereinbart, ihre Attacke auf die autokratische Monarchie zu bündeln und diese durch eine Intensivierung der andauernden demokratischen Bewegung im Land zu Ende zu führen.

(2) Die 7-Parteien-Allianz ist völlig überzeugt, daß die Souveränität und die exekutiven Rechte des Volkes wiederhergestellt werden können durch die Wiedereinsetzung des Parlaments (auf der Grundlage der Volksbewegung), die Bildung einer Allparteienregierung mit voller exekutiver Macht, Gespräche mit den Maoisten und Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung. Demgegenüber glaubt die CPN (Maoist), daß die Souveränität des Volkes wiederhergestellt werden kann durch die Bildung einer Übergangsregierung nach einer nationalen Konferenz der agitierenden demokratischen Kräfte, welche dann die Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung überwachen soll. (Dies ist quasi die einzige Meinungsverschiedenheit zwischen der 7-Parteien-Allianz und den Rebellen; Anm. d. Ü.) Wir

stimmen beide darin überein, die Verhandlungen und den Dialog fortzusetzen, bis eine Übereinkunft in dieser Verfahrensfrage erzielt ist.

(3) Die Nation hat ein konstruktives Ende des gegenwärtigen bewaffneten Konflikts und die Errichtung eines Dauerhaften Friedens gefordert. Daher stimmen wir völlig überein, die autokratische Monarchie zu beenden und einen dauerhaften Frieden durch Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung aufzubauen. In diesem Zusammenhang bekennt sich die CPN (Maoist) zum Wechsel zu einer neuen und friedlichen politischen Linie. Wir haben vereinbart, daß nach der Abschaffung der autokratischen Monarchie die Waffen sowohl der Königlich-Nepalischen Armee als auch die der Maoisten von den Vereinten Nationen oder einem anderen zuverlässigen internationalen Gremium überwacht werden sollen, um freie und faire Wahlen zu der verfassungsgebenden Versammlung zu ermöglichen. Beide Parteien haben auch vereinbart, das Wahlergebnis zu akzeptieren. Wir erwarten darüber hinaus die Beteiligung einer glaubwürdigen internationalen Gemeinschaft am Dialogprozeß.

(4) Die CPN (Maoist) hat fest zugesichert, das wettbewerbsorientierte Vielparteiensystem zu akzeptieren, die Grundrechte des Volkes, die Menschenrechte sowie die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Werte zu achten und entsprechend zu handeln.

(5) Die CPN (Maoist) hat zugestimmt, eine Atmosphäre zu schaffen, die es allen Führern und Kadern anderer demokratischer Kräfte sowie der allgemeinen Bevölkerung, die während des Konflikts von zu Hause vertrieben wurden, ermöglicht, in voller Achtung zu ihren jeweiligen Heimatplätzen zurückzukehren. Die Maoisten haben außerdem zugestimmt, die Häuser und das zu Unrecht beschlagnahmte Eigentum der Bevölkerung und der Parteikader zurückzugeben. Den Menschen soll es freistehen, ungehindert politischen Aktivitäten nachzugehen.

(6) Die CPN (Maoist) hat außerdem zugestimmt, sich selbst für die Fehler der Vergangenheit zu kritisieren, und sie hat bekräftigt, daß sie diese in Zukunft nicht wiederholen will.

(7) Die Parteien werden ihre Fehler aus der Vergangenheit einer Selbstkontrolle unterwerfen und sie haben ebenfalls bekräftigt, daß sie diese in Zukunft nicht wiederholen wollen.

(8) Während des Friedensprozesses sollen die Prinzipien der Menschenrechte und die Pressefreiheit vollständig respektiert werden.

(9) Die Stadtrats- und Parlamentswahlen, die mit der böswilligen Absicht angesetzt wurden, das Volk und die

internationale Gemeinschaft zu täuschen und die autokratische und verfassungswidrige Herrschaft des Königs zu legitimieren, werden boykottiert und zum Scheitern gebracht.

(10) Das Volk, die Vertreter des Volkes und die politischen Parteien sind das wirkliche Bollwerk des Nationalismus. Wir bekennen uns zum Schutz unserer Unabhängigkeit, nationalen Einheit und Souveränität sowie zur Achtung der geographischen Integrität. Es ist unsere Verantwortung, freundliche Beziehungen zu allen Nationen der Erde auf der Grundlage friedlicher Koexistenz zu pflegen, insbesondere zu unseren Nachbarn Indien und China. Wir appellieren an alle patriotischen Nepalis, sich vor dem mandaleartigen Nationalismus in Acht zu nehmen, der vom Monarchen und seinen Speichelleckern gepredigt wird und deren Herrschaft und Interessen zu wahren. Wir appellieren auch an das nepalische Volk und die internationale Gemeinschaft, unsere demokratische (*loktantrik*) Bewegung zu unterstützen.

(11) Wir appellieren auch an alle Menschen, die Mitglieder der zivilen Gesellschaft, die Berufsgruppen, verschiedene Schwesterorganisationen, Journalisten und Intellektuelle, aktiv an der friedlichen Volksbewegung teilzunehmen, die auf der Grundlage der gemeinsamen Vereinbarung zu Demokratie, Frieden, Wohlstand, sozialem Wandel und nationaler Souveränität gestartet wurde.

(12) Die Parteien und die Maoisten haben auch vereinbart, Vorfälle der Vergangenheit zu untersuchen und die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen. Falls es in Zukunft zu irgendeinem Konflikt zwischen den politischen Parteien kommen sollte, werden die betroffenen Parteiführer dies auf höchster Ebene besprechen und das Problem durch einen friedlichen Dialog schlichten.

ANMERKUNG: inoffizielle Übersetzung; 22. November 2005